

6. MA 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XX/84

Bonn, den 4. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Wiesbaden	80
	Die große Parlamentarierkonferenz der Deutschen Sozialdemokratie	
2a	Mißbrauch der Pressefreiheit "Nationalzeitung" sät Mißtrauen.	40
3	Die Stimme Deutschlands in Oslo Fritz Erler wirkte überzeugend Von unserem Korrespondenten in Oslo	40
4 - 6	Wie funktioniert die deutsche Entwicklungshilfe? (I) Beobachtungen in Indien Von Georg Kahn-Ackermann, MdB	140

Wiesbaden

Die große Parlamentarierkonferenz
der Deutschen Sozialdemokratie

sp. - Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird Ende dieser Woche in Wiesbaden eine große Parlamentarierkonferenz veranstalten. Über 1 000 Abgeordnete aus Bund, Ländern und Gemeinden, zahlreiche Minister, Staatssekretäre, Regierungspräsidenten, Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister werden sich in der Regierungshauptstadt des seit nunmehr seit fast zwei Jahrzehnten sozialdemokratisch regierten Bundeslandes Hessen ein Stelldichein geben.

Es ist kein Zufall, daß die SPD die hessische Landeshauptstadt als Tagungsort gewählt hat. Hier in Wiesbaden, wo die sozialdemokratische Landesregierung unter Führung von Dr. Georg-August Z i n n gerade in der vergangenen Woche einen Zahnjahresplan für die wirtschaftliche und kulturelle Weiterentwicklung Hessens veröffentlichte, sind schon zahlreiche Impulse für die Festigung der deutschen Demokratie ausgegangen. Hessen, heute in der ganzen Welt als Musterland bezeichnet, hat gezeigt, wozu Sozialdemokraten fähig sind. Ein ursprünglich vorwiegend landwirtschaftliches Gebiet mit starkem Wirtschafts- und Kulturgefälle von den Städten zu den Landgemeinden ist in kluger und weitvorausschauender Zusammenarbeit von Landesregierung, städtischer und dörflicher Verwaltung sowie mit den Trägern der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden, aber auch in loyalen gegenseitigem Verständnis von Staat und Kirchen zu einer modernen Gemeinschaft geworden, die aufstrebend und richtungweisend für viele fortschrittliche Errungenschaften in der Bundesrepublik gleichermaßen Ton und Takt angibt.

* * *

Auf der Parlamentarierkonferenz in Wiesbaden will die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zeigen, daß der moderne demokratische Staat ein in sich geschlossenes Gefüge sein soll, in dem die Bürger aus Stadt und Land gleiche Rechte, gleiche Pflichten, aber auch gleiche Chancen haben müssen und können.

Diesem Gedanken sind auch die Themen der Referate auf der Wiesbadener Parlamentarierkonferenz gewidmet. Der hessische Ministerpräsident und Präsident des Bundesrates, Dr. Georg-August Z i n n, wird gleich zu Beginn der Konferenz in einem großangelegten Referat die Vorstellungen der deutschen Sozialdemokraten von einer gerechten bundesstaatlichen Ordnung entwickeln. Daran anschließend sprechen der Oberbürgermeister von München, Dr. Hans-Jochen V o g e l, Senator Helmut S c h m i d t, Hamburg, und der hessische Minister Dr. L. L a u r i t z e n. Sie werden, entsprechend der Aufgabe des Kongresses, die Situation der Gemeinden, die innere Sicherheit des Staates und die Politik im Bundesrat untersuchen.

* * *

Auch die Themen der Arbeitsgemeinschaften spiegeln die innere Ver-

flochtenheit des Geschehens in Bund, Ländern und Gemeinden wider. MdB Dr. Alex Müller wird sich hier der Finanzverfassung widmen, und Senator Karl-Heinz Evers, Berlin, sowie Dr. Ulrich Lohmar, MdB, werden den Stand unseres Bildungswesens untersuchen. Selbstverständlich spielen die Gesundheitspolitik und das Verkehrswesen eine hervorragende Rolle auf diesem Kongreß. Über Gesundheitsprobleme werden der hessische Minister Heinrich Hemsath und die Bundestagsabgeordnete Dr. Elinor Hubert referieren.

Bei der Behandlung der Probleme unserer Raumordnung wird der nationale Rahmen gesprengt. Eine besondere Arbeitsgemeinschaft widmet sich der Strukturpolitik im europäischen Rahmen. Hierfür wurden als Referenten der hessische Minister Heinrich Schneider und der frühere hessische Bundestagsabgeordnete und jetzige Staatssekretär in Wiesbaden, Willi Birkelbach, gewonnen.

* * *

Andere namhafte Sozialdemokraten wie der Vorsitzende der bayerischen Landtagsfraktion der SPD, Volkmar Gahert, Oberstadtdirektor Martin Neuffer, Hannover, die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments in Straßburg, Frau Bundestagsabgeordnete Käthe Strobel, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, Senator Willi Dehnkamp, Bremen, der hessische Kultusminister Prof. Dr. Ernst Schütte, Minister Kurt Partzsch, Niedersachsen, MdB Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB Fritz Schäfer, Staatsminister Rudi Arndt, Wiesbaden, Senator Rolf Schwedler, Berlin, MdB Dr. Paul Bleiß und MdB Holger Börner werden ebenfalls als Referenten, Berichterstatter oder Leiter der Arbeitsgemeinschaften auf der Konferenz tätig sein. Die Leitung haben Bundestagsvizepräsident Prof. Dr. Carlo Schmid und MdB Waldemar von Koenigern übernommen. Am Vorabend der Veranstaltung spricht der Vorsitzende der SPD und Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, auf einer großen Kundgebung anlässlich des 20. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges.

* * *

Wir haben die Namen der Referenten, Berichterstatter und Konferenzleiter, sowie die Themen der Arbeitsgemeinschaften und Hauptreferate hier erwähnt, weil dadurch anschaulich wird, wie umfassend die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das öffentliche Leben des Staates in allen seinen Aktivitäten repräsentiert. Es gibt da keinen Unterschied zwischen der sogenannten großen und der kleinen Politik. Bund, Länder und Gemeinden sind die Säulen, auf denen der demokratische Staat ruht. Nur sinnvolles Zusammenwirken, gleichmäßige, auf ein bestimmtes Ziel gerichtete Aktivitäten, vermögen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dem Bürger die Gewißheit zu geben, daß sein Haus in Ordnung gehalten wird. Wir sind überzeugt, daß von dieser großen Parlamentarierkonferenz in Wiesbaden neue Impulse für unser Gemeinwesen ausgehen werden.

+ + +

----- Mißbrauch der Pressefreiheit -----

"Nationalzeitung" sät Mißtrauen

sp - Zu den im Ausland häufig zitierten in der Bundesrepublik erscheinenden Zeitungen gehört die "Nationalzeitung und Soldatenzeitung", das Zentralorgan der ewig Gestrigen und Unverbesserlichen. Schon der Titel dieser Zeitung ist irreführend. Weder ist sie im guten Sinne national noch kann sie für die Soldaten sprechen. Eine schreckliche Vergangenheit soll wieder Wirklichkeit von morgen werden.

Der Appell namhafter Publizisten und Wissenschaftler an die Parteien, nach Wegen zu suchen, wie den in dieser Zeitschrift (oder ähnlichen Organ) wirksamen Kräften wirksam entgegengetreten werden kann, kam zur rechten Zeit und daß diesen Appell der deutsche Presserat begrüßte, gibt ihm eine erhöhte Bedeutung.

Die "Nationalzeitung" spricht für eine bedeutungslose Minderheit, aber auch Minderheiten können, vom Geist eines wüsten Antisemitismus und wilden Nationalismus inspiriert, unendlichen Schaden stiften. Die hinter diesem Blatt stehenden Kräfte haben jedes Augenmaß verloren, für sie gilt nicht das Grundgesetz, für sie war das tausendjährige Reich ein goldenes Zeitalter, in dem sie sich nach Herzenslust austoben konnten. Wir alle kennen die Folgen. Sie stürzten unser Volk in den größten Zusammenbruch seiner Geschichte. Gerade in diesem erinnerungsschweren Jahr, dem Jahr der Kapitulation, des Beginns der Austreibung von Millionen unschuldiger Männer, Frauen und Kinder und der deutschen Spaltung darf es für Zeitungen vom Schlage der Nationalzeitung keine Wirkungsmöglichkeit geben. Dieses Blatt deckt die Untaten und Verbrechen, die im Namen unseres geschändeten Volkes begangen wurden. Es bekämpft unsere demokratische Ordnung, es sät im Ausland Mißtrauen und gibt den Kommunisten mächtige Propagandawaffen in die Hand.

Kurt Schumacher prägte einmal das unvergeßliche Wort, es sei der Sinn der deutschen Politik, eine Wiederkehr der Schrecken der Vergangenheit zu verhindern. Die Nationalzeitung pflegt die Vergangenheit und verherrlicht sie. Unser mündig gewordenes Volk will mit solchen Erscheinungen nichts mehr zu tun haben. Dieses Organ mißbraucht schamlos die Pressefreiheit. In Erinnerung sei gerufen, was Adolf Arndt bei der Verjährungsdebatte sagte:

- * "Wir können leider Gottes nicht sagen, das alles wiederholt
- * sich nicht, weil doch hier bei uns in Deutschland Zeitungs-
- * blättchen erscheinen, wie z.B. die Nationalzeitung, bei der
- * aus jeder Zeile der giftigste Antisemitismus schwitzt. Was
- * in der Nationalzeitung steht, das ist die Sprache der potenti-
- * ellen Mörder von morgen. Wenn es je etwas Ehrloseres gab,
- * etwas bis in den letzten Winkel des Schmutzes der eigenen
- * Seele Verklumptes, dann ist das diese ehrlose Haltung sol-
- * cher Blätter."

Wie lange soll die Sprache der "potentiellen Mörder von morgen" die neue deutsche Demokratie noch verunglimpfen? Hier sind Geduld und Toleranz wohl nicht mehr angebracht.

Die Stimme Deutschlands in Oslo

Fritz Erler wirkte überzeugend

K.K. - Oslo

Der Besuch Fritz Erlers in Oslo Ende April ist ebenso bedeutsam wie notwendig gewesen. Allzu selten vernimmt man die Stimme Deutschlands, Will sagen die Stimme der Bundesrepublik in Skandinavien, während die Stimmungsmache aus Ulbrichts Kerker-Staat auf vollen Touren läuft und durchaus nicht ohne Erfolg ist. Auch die Polen und die Tschechen bemühen sich im Zeichen der "europäischen Entspannung" um das Wohlwollen Skandinaviens. Der Besuch Rapackis, der in den nächsten Wochen sowohl in Schweden wie auch in Norwegen erfolgen sollte (und wegen Erkrankung Rapackis abgesagt werden mußte), wäre ein Höhepunkt in dem Kampfe geworden, den Moskaus Satelliten um jenes Wohlwollen führen. Dabei handelt es sich keineswegs um das Wohlwollen von Volk zu Volk - um ein solches braucht man in Skandinavien nicht zu werben! - sondern um die Werbung für die politischen Ziele Moskaus.

Erlers Besuch in Oslo galt eigentlich dem Nordischen Rat der Europa-Bewegung. Der Erfolg des Besuches bestand aber nicht zuletzt darin, daß die norwegische Presse mit den Ansichten vertraut gemacht wurde, welche die Politik der SPD bestimmen und in einem noch höheren Sinne der Entspannung dienen: nämlich in den Streben der SPD, auf die eigentlichen Ursachen der Spannungen aufmerksam zu machen und für die Beseitigung dieser Ursachen arbeiten. Erler hatte Gelegenheit, die Gedanken und Ziele der SPD bei einer Pressekonferenz darzustellen.

Erler wies darauf hin, daß die deutsche Wiedervereinigung nicht nur Fragen der Sicherheit und der Abrüstung in sich schließe, sondern auch wirtschaftliche Folgen hätte; diese Folgen würden sich aus der Zusammenführung der zweitgrößten Industriemacht des Westens mit der zweitgrößten des Ostens ergeben. So lange man jedoch im Osten nicht bereit sei, über die Wiedervereinigung Deutschlands zu reden, könne die Bundesrepublik auch nicht die Grenzziehung erörtern, die es heute zwischen Polen und dem Ulbrichtstaat gibt.

Die norwegische Presse nimmt zu einem guten Teil das Bestehen des Ulbrichtstaates ebenso als unabänderlich an wie die Oder-Neiße-Linie. Andere Ansichten können sich vor allem durch Besuche von der Art des Erler-Besuches geltend machen, da die Bundesregierung selbst ja nichts tut, um der schriftlichen Stimmungsmache des Ulbricht-Regimes und der östlichen Reisebüros in Skandinavien zu begegnen.

Die norwegische Presse gab die Ansichten Erlers wider und Kuserte großen Respekt gegenüber der starken Persönlichkeit, die Erler als Mensch und Politiker ist. Politiker von seiner Art und mit solch fleckenloser Vergangenheit überzeugten. Das deutsche Volk kann sich nicht bessere Vertreter wünschen und kann nicht bessere haben.

Wie funktioniert die deutsche Entwicklungshilfe? (I)

Beobachtungen in Indien

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Georg Kahn-Ackermann gehörte einer sechsköpfigen Delegation des Ausschusses für Entwicklungshilfe des Bundestages an, die soeben von einer dreiwöchigen Informationsreise aus Indien zurückgekehrt ist. Die Reise diente einem Studium der Ergebnisse und Auswirkungen der bisherigen deutschen Kapital- und technischen Hilfe in Indien. Kahn-Ackermann, der im Laufe der letzten Jahre Indien fünf Mal besuchte, gilt als Sachkenner asiatischer Entwicklungsprobleme. Die Redaktion

* * *

Wer mit europäischen Wertmassstäben an die politischen und wirtschaftlichen Probleme Indiens herangeht, wird der tatsächlichen Situation des Landes kaum gerecht werden können. Ebenso verführt die Lektüre der indischen Presse den europäischen Leser zu Trugschlüssen. Orientierte man sich an den Zeitungen, gewänne man den Eindruck, Indiens regierende Kongresspartei befände sich im Zustand rapider Auflösung und das Land am Rande eines politischen Chaos.

Indien im Aufbruch

Nichts von alledem trifft wirklich zu. Man darf nicht vergessen, dass bis zum Tode Nehrus durch eine Art autoritäre Parlamentherrschaft einer Partei, der Kongresspartei, regiert wurde, die nahezu 15 Jahre lang die Entwicklung einer wirklichen parlamentarischen Opposition ausserhalb der kommunistischen Partei verhindert hat. Was Indien jetzt durchlebt, ist im Grunde der Beginn des Zerfalls einer Einparteiherrschaft, eine Phase, von der man nur hoffen kann, dass sie zur Herausbildung einer wirklichen und staatsbewussten Opposition führt, deren Indien dringend bedarf, wenn das Feld der Opposition nicht in erster Linie den Kommunisten und dem auf eine grössere Autonomie der Einzelstaaten zielenden Kräften überlassen werden soll.

Das Bewusstsein, dass das Land für eine derart exzessive Form föderalistischer Ordnung noch für mindestens eine Generation nicht reif ist, führt aber die einander widerstrebenden Kräfte der Kongresspartei in den politisch entscheidenden Augenblicken immer wieder zusammen. Es besteht deshalb kein Zweifel, dass die regierende Kongresspartei auch 1967, vielleicht stark angeschlagen und vielleicht zum letzten Mal, die Wahlen gewinnen wird.

Bei dieser Entscheidung wird auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ein gewichtiges Wort mitsprechen. Die Väter der indischen Republik haben die wirtschaftliche Entwicklung des Landes für die Wähler bewusst in den Vordergrund gestellt, indem sie den Wahltermin jeweils mit dem Auslaufen eines alten und dem Verkünden eines neuen Fünfjahresplanes zusammenfallen lassen.

Agararplanung blieb zurück

Es ist kein Geheimnis, dass insbesondere auf dem Gebiet der Landwirtschaft der dritte Fünfjahresplan hinter den gesteckten Zielen zu-

rückgeblieben ist. Die indische Regierung macht keinen Hehl daraus. Trotzdem kann niemand übersehen, dass der Fortschritt auf dem Agrarsektor in den meisten der siebzig von den rund 350 indischen Regierungsbezirken, in denen besonders intensiv auf eine Agrarreform und Nahrungsmittelproduktionssteigerung hingearbeitet wird, beträchtlich und, wie sich die deutsche Bundestagsdelegation in einigen Fällen überzeugen konnte, bemerkenswert ist.

Wer die Fortschritte in der Agrarerzeugung durch die Phase des zweiten und dritten Fünfjahresplanes beobachtet hat, wird kaum Zweifel haben, dass Indien in den nächsten 15 bis 20 Jahren auch die schwierigsten Hürden seiner Nahrungsmittelerzeugung nehmen wird.

Nur haben sich indische und ausländische Experten bei ihren ursprünglichen Erwartungen in den Zeiträumen getäuscht, die zwischen der Einleitung der Reformmassnahmen und ihrer endgültigen Konsolidierung liegen. Zeiträume von 10 bis 15 Jahren müssen auch für alle Agrarprojekte der technischen Hilfe ins Auge gefasst werden, sowohl auf indischer, wie auf ausländischer Seite. Hieraus resultieren eine Reihe von Problemen, über die sich im Fall der Bundesrepublik sowohl die deutsche wie die indische Regierung bald schlüssig werden müssen.

Längere Planung notwendig

Auch auf dem industriellen Sektor, wie auf dem Gebiet der technischen Bildungshilfe gewinnt man den Eindruck, dass die Phase, in der sowohl die Inder wie die Deutschen von allzu kurzen Zeiträumen engeren Zusammenwirkens ausgegangen sind, noch nicht völlig überwunden ist. Auf Seiten der Regierungen der indischen Bundesstaaten ist dabei der Wunsch nach langer und intensiver Kooperation oft stärker ausgeprägt wie bei der Zentralregierung, die bei der grossen Zahl ihrer Geberländer verständlicherweise aus politischen Gründen bemüht ist, auch auf dem Umweg über die technische Hilfe keine allzu fest und allzu dauerhaft zementierte ausländische Bastionen in Indien zu schaffen, deren Bemannung in der Regel Sonderrechte genießt.

Schon daraus ergibt sich, dass Verständnis der deutschen Projektleiter für das Land und seine Probleme, sowie die Fähigkeit mit oft nicht immer einfachen indischen Partnern eng, aufrichtig und freundschaftlich zusammenzuarbeiten, für den Erfolg deutscher Tätigkeit in Indien entscheidend ist.

Diese Fähigkeit fand die Bundestagsdelegation in besonderem Masse bei dem gegenwärtigen Chef des deutschen Managements im Stahlwerk Rourkela, Dr. Draht, und bei dem Leiter des deutschen Agrarreformprojekts im Bezirk Mandi im nordindischen Staat Himachala Pradesh, Dr. v. Hüls, ausgeprägt. Fehlt eine derartige innerlich zur Kooperation bereite Leitung auf der deutschen Seite, wie zum Beispiel im Politechnikum Madras, für das die Bundesrepublik immerhin über 50 Millionen DM aufgewandt hat, so bleiben die Schwierigkeiten und laufenden Missverständnisse nicht aus. Sowohl auf dem Sektor deutscher privatwirtschaftlicher Beteiligung, wie auf dem staatlichen und halbstaatlichen Sektor der Unternehmungen deutscher Entwicklungshilfe, kommt daher der Personalauswahl entscheidende

Bedeutung zu, bei der nach wie vor gesündigt wird. Auch die Bundestagsdelegation ist immer wieder deutschen Technikern und Spezialisten begegnet, die kein Verhältnis zum Gastland gefunden haben, es nicht mögen, keinen Kontakt zu Indern wünschen und alles und jedes kritisieren.

Mangelnde Fürsorge Bonns für Entwicklungshelfer

Auf der anderen Seite kann die Art und Weise der mangelnden Fürsorge der Bundesrepublik für jene, die erfolgreiche und aufopferungsvolle Arbeit draussen in tropischen Ländern leisten, nicht mehr lange fortgesetzt werden. Ungeachtet aller Leistungen bedarf die GAWI als Ausführungsorgan und offizieller Arbeitgeber der in der deutschen Entwicklungshilfe tätigen Menschen entweder einer Reform oder das ganze System muss gründlich geändert werden.

Für Leute, die nun bald zum Teil zehn Jahre, oft mit ihren Familien für die Bundesrepublik in Entwicklungsländern tätig sind und von denen man sich wünschen möchte, dass sie weitere zehn Jahre dieser Aufgabe treu bleiben, muss es Aufstiegsmöglichkeiten, Gehaltsverbesserungen, einen ausreichenden Unfallschutz und eine materiell ausreichende Altersversorgung geben. Darüber hinaus ist die Fiktion, dass die Leute, die in ihrem ganzen Verhalten den Kautelen eines Staatsangestellten unterworfen sind, lediglich Angestellte einer Organisation sind, die nicht Fisch und nicht Fleisch ist, und ihrerseits über keine ausreichenden Kompetenzen verfügt, wie ein Arbeitgeber dieser Art sie haben müsste, nicht länger aufrechtzuerhalten.

Wenn man sich darüber klar ist, dass es noch mindestens zwanzig Jahre lang Projekte der deutschen technischen Hilfe geben wird, muss man für die dafür zur Verfügung stehenden immer noch sehr wenigen guten und bewährten Kräfte rasch einen neuen Status schaffen. Mit Recht sind die GAWI-Angestellten erbittert darüber, dass sie in der Regel durch eine Reihe von Ursachen von der Angestelltenversicherung ausgeschlossen sind und man sie auf den für ihre tatsächlichen Einkommensverhältnisse im überwiegenden Teil unzulänglichen Weg einer privaten Lebensversicherung verweist. Mit Recht kritisieren sie den mit einer Höchstgrenze von 50 000 DM bemessenen Unfallschutz. Persönliche Bewährung und Leistung wird von der GAWI in keiner Form honoriert. Die GAWI-Verträge kennen keine ins Gewicht fallenden Gehaltsverbesserungen nach jeweils einer Reihe von Dienstjahren und auch keinerlei sonstige Aufstiegsmöglichkeiten. Die Beseitigung dieser Kinderkrankheit aus unserer allzu langen Phase improvisierter Entwicklungshilfe ist vordringlich, wenn die Bundesrepublik Wert darauf legt, im Ausland mit guten Leuten vertreten zu sein, die allein den Erfolg eines Projektes sicherzustellen vermögen.

(Fortsetzung folgt)